

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verleger: C. G. Neumann.
Für die Redaktion: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark.
Postbezugspreis für Monat März 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 50 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertensätze 10 Pfg. Zusam. Beiträge gegen Vorabzahlung.

Schreibweise und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-42.
Trach u. Verlag von Neppich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unentgeltliche Schreiftücher werden nicht aufbewahrt.

Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika

Barzahlungen mit Zinsen bis zum Zahlungstage. — Keine Rückgabe von Reichseigentum.

Eine maßgebliche Stimme über Brasiliens Völkerbundspolitik. — Vor der Entscheidung über das Kabinett Briand.

Der Inhalt des Gesetzentwurfes.

Washington, 30. März. Gestern wurde im Repräsentantenhaus von dem republikanischen Abgeordneten Duden Mills ein Gesetzentwurf über die Freigabe des deutschen Privateigentums eingebracht, der die ausgesprochene Unterstützung der amerikanischen Regierung hat und im wesentlichen dem sogenannten Mellonplan folgt. Die Abweichungen ändern diesen Plan nicht zu Ungunsten der deutschen Beteiligten. Die wesentliche Neuerung liegt an der Stelle der geplanten Ausgabe fünfprozentiger Schuldverschreibungen mit der Garantie der Vereinigten Staaten allenthalben die Barzahlung. Die durch Urteil der gemischten Kommission festgesetzten und festzusetzenden Beträge sollen, soweit die amerikanischen Staatsangehörigen hinzukommen, in bar vom Schatzamt der Vereinigten Staaten ausbezahlt werden und zwar mit Zinsen bis zum Tage der Zahlung, wogegen der dem Urteil anzuwendende Anspruch auf die Vereinigten Staaten übergeht. Der Forderung für das ehemalige deutsche Vermögen soll das beschlagene deutsche Privateigentum als Pfand in dem Zustande herausgegeben, wie es sich im Laufe der Jahre durch Veränderungen im Bestande durch Verschmelzungen, Liquidationen und Verwaltungsmaßnahmen aller Art gestaltet hat. Antragsberechtigt ist grundsätzlich nur der ehemalige Eigentümer. Der Rechtsweg vor den Bundesgerichten ist zulässig.

Von der Rückgabe bleibt das Eigentum des Deutschen Reiches ausgeschlossen.

Berner werden endgültig zurückgehalten die Zinsen für die vom Schatzamt der Vereinigten Staaten veranlagte Anleihe beschlagener Gelder bis zum 4. März 1926 (Antritt des Wilson-Bills). Aufrechterhalten bleiben die Bestimmungen des Gesetzes über den Handel mit dem Feinde, wonach den amerikanischen Kriegskreditgebern derjenigen deutschen Staatsangehörigen, die Vermögen beim Feinde haben, das Recht gewahrt bleibt, Befriedigung aus diesem Vermögen zu suchen, wenn sie nicht schon vor der Gemischten Kommission auf dieses Recht verzichtet haben, um sich dadurch ein Schadenersatzurteil gegen das Deutsche Reich zu sichern. Die Vorlage sieht eine angemessene Geldentschädigung für die Fortnahme von Schiffen durch die Vereinigten Staaten während des Krieges vor. Der Entschädigung für die Fortnahme von Luftfahrzeugen soll der Wert vom 2. Juli 1921, dem Tage der amerikanischen Friedensproklamation, zugrunde gelegt werden. Ein Ersatz für die Benutzung von Schiffen und Funktionen durch die Vereinigten Staaten ist nicht vorgesehen. Eine Entschädigung soll für die im deutschen Eigentum stehenden Patente gewährt werden, die von dem Feinde an die Vereinigten Staaten in irgendeiner Form übertragen oder die durch die Vereinigten Staaten außer in der Kriegszeit benutzt worden sind. Was die Befreiung der Vereinigten Staaten aus den Ersatzansprüchen für Schiffe, Funktionen und Patente insgesamt 100 Millionen Dollar übersteigt, tritt eine prozentuale Befreiung aller Entschädigungssummen ein.

Der stellvertretende Schatzminister Winton bezeichnete den Gesetzentwurf über die Rückgabe des deutschen Eigentums als eine umfassende Lösung der durch den Krieg geschaffenen Fragen zwischen Amerika und Deutschland und als einen weiteren Schritt zur Herstellung normaler Verhältnisse in der ganzen Welt. (W.F.B.)

Keine mexikanische Landkonzession an Japan.

London, 30. März. Nach einer Neutermeldung aus Washington erklärte der dortige mexikanische Botschafter die Nachricht, die mexikanische Regierung habe einem mexikanischen-japanischen Syndikat zwei Millionen Ackerland in der Magdalenaebal überlassen, für völlig unrichtig. (W.F.B.)

Briand über die Politik in Marokko und Syrien.

Paris, 30. März. Briand hat im Laufe seiner Rede in der Kammer bei Beratung der Kredite für Marokko und Syrien u. a. ausgeführt: Spanien und Frankreich sind zu lokalen, offenen Friedensverhandlungen bereit. Frankreich hat keine Eroberungsabsichten, so will nicht einmal die Autonomie des Rifgebietes antasten. Wenn die Missetaten eines Waffenstillstandes an der ganzen Grenze und nicht, wie sie bisher versuchten, nur an einem kleinen Teile vorzuliegen, so wäre Frankreich bereit, sie anzuhören und Verhandlungen über einen dauerhaften Frieden zu eröffnen. Was Syrien betrifft, so läßt Frankreich sein Mandat aus. Von vier Stämmen trifft, so läßt Frankreich sein Mandat aus. Von vier Stämmen trifft, so läßt Frankreich sein Mandat aus. Von vier Stämmen trifft, so läßt Frankreich sein Mandat aus.

Von der Räumung Marokkos und Syriens dagegen kann keine Rede sein.

Der Kommunist Perthon fragte Briand, ob er bereit sei, dem Parlament und dadurch der Welt und Abdel Krim die Friedensbedingungen mitzuteilen. — Briand umging geschickt diese Frage, und auf die Frage des gleichen Abgeordneten, ob sich die Friedensbedingungen etwa seit Juli v. J.

Amerika und die Anleihen an Deutschland.

Schwerwiegende Bedenken gegen die Dawes-Zahlungen.

London, 30. März. Der Washingtoner „Times“-Korrespondent beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der amerikanischen Kreditpolitik in Europa. In amtlichen Kreisen Washingtons sei man, so führt der Korrespondent aus, stark beunruhigt worden, als bekannt wurde, daß die Vereinigten Staaten Deutschland bereits vier Milliarden Mark Privateinleihen gewährt hätten. Das Interesse des amerikanischen Geldgebers an Deutschlands industrieller Entwicklung sei ständig im Wachsen begriffen. Man beschäftige sich daher bereits eingehend mit dem Reparationsproblem und erinnere an das Wort Churchill, daß bald der Tag eintreten werde, an dem Deutschland der einzige Schuldzahler, die Vereinigten Staaten der einzige Gläubiger sei.

In diesem Zusammenhang würden aber von amerikanischen Finanzkreisen gegen die großen deutschen Reparationszahlungen schwerwiegende Bedenken erhoben.

denn diese müßten wiederum von der deutschen Industrie aufgebracht werden, deren Rentabilität dadurch stark herabgemindert würde. Dadurch würde schließlich die Verzinsung der in Deutschland angelegten amerikanischen Kapitalien in Frage gestellt. (T.-L.)

Finanzieller Druck auf Italien?

London, 30. März. Blättermeldungen aus Washington zufolge brachte Senator Reed im Senat eine Entschließung ein, die den Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten ermächtigt, eine neue Untersuchung der Regelung aller auswärtiger Schulden zu veranstalten. — Senator Smart erhob Einwände gegen die Entschließung. — Senator Reed erklärte, der Frieden Europas sei bedroht durch Mussolini. Seine letzten Reden zeigten deutlich, welche imperialistischen Ziele Mussolini verfolgte. Sämtliche Anleihen an Italien müßten in Zukunft unterbunden werden. Italien und die Alliierten verdrängen Amerika ihr Leben, denn den fliehenden Italienern seien amerikanische Truppen zu Hilfe gekommen. Die Alliierten könnten ihren Dank nicht in tausend Jahren an Amerika zurückzahlen.

Reed erklärte weiter, daß Amerika denkaend Möglichkeiten habe, förmliche Schuldner zur Zahlung zu bringen. Frankreich könne seine weltwärtigen Besitzungen an Amerika abtreten und so seine Schulden begleichen. Der Wert dieser Inseln sei für Amerika von größter Bedeutung, da von hier aus feindliche Anarisse gegen das amerikanische Festland gerichtet werden könnten. Amerika brauche die Inseln zum Schutze seiner Küste.

Einer Neuter-Meldung zufolge traten Reed und Robinson für eine Vertagung der endgültigen Entscheidung über diese Frage, bis nach der Zusammenkunft der geplanten Abrüstungskonferenz ein, um Italiens tatsächliche Haltung gegenüber der Frage des Weltfriedens festzustellen.

Weiterhin erklärte Senator Robinson im Senat, wenn Deutschland die ihm auferlegte Last nicht mehr tragen könne, was bestimmt kommen müsse, wenn also Deutschland seinen Verpflichtungen gegenüber Italien nicht mehr nachkommen könne, könne auch Italien seine Schuldenverpflichtungen an Amerika nicht mehr erfüllen. Robinson sagte die Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen in einigen Jahren voraus. Sicher sei, daß Italien viel leichter vierzig Millionen als Deutschland 600 Millionen Dollar jährlich zahlen könne.

geändert hätten, erwiderte Briand: Nur insofern, als wir nicht wollen, daß wir in drei Monaten wieder von neuem beginnen müssen.

Nach der Rede Briands änderte der Abgeordnete Baron seinen Antrag auf Streckung von 10 Millionen im Kapitel für Syrien und Marokko dahin, daß nur eine Million an Frankreich werden sollte. Dieser Antrag wurde dann mit der bereits gemeldeten Stimmenzahl von 288 gegen 205 angenommen.

In rascher Folge wurde darauf die übrigen Titel verabschiedet und zum Schluß mit 420 gegen 181 Stimmen das provisorische Budgetwölffel in seiner Gesamtheit angenommen.

Paris, 30. März. Der morgige Tag, der die Aussprache über die Finanzvorlage der Regierung vor der Kammer bringt, wird als ein kritischer Tag für die Existenz des Ministeriums Briand angesehen. Die Sozialisten erklärten nach Schluß der Sitzung der Finanzkommission, in der mit 15 gegen 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Erhöhung der auf Großfirmen und Halbgroßfirmen beschränkten Umsatzsteuer beschlossen wurde, daß sie gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer stimmen würden. Bei den Radikal-Sozialisten sind die Ansichten geteilt. Für den Fall, daß Briand von dem größten Teil des Volksparlaments bei der entscheidenden Abstimmung im Stiche gelassen werden sollte, dürfte die Lage des Kabinetts gefährdet sein.

Die rote Armee.

Von Oberst a. D. Prückner.

Worosschilow, Volkskommissar für Krieg und Marine und zugleich eines der neun Mitglieder des „politischen Bureau“, der wichtigsten Stelle der „All-kommunistischen Partei“, wie sich die frühere russische kommunistische Partei zur stärkeren Betonung ihres internationalen Charakters jetzt nennt, hat in einer Feiernotiz zur Gründung der roten Armee zum achten Jahrestage der Gründung der roten Armee eine bedeutsame Rede gehalten. An dieser interessieren weniger die Angaben über organisatorische Einzelheiten, als vielmehr die grundsätzliche, militärpolitische Seite über das bolschewistische Kriegsinstrument. Worosschilows Gedankengänge in der Beurteilung der Notwendigkeit eines starken und schlagfertigen roten Heeres bewegen sich in völliger Uebereinstimmung mit den von der Parteileitung — dem tatsächlichen Leiter des Sowjetbundes — festgelegten Richtlinien und spiegeln sich ihrem wesentlichen Inhalt nach in folgenden Erwägungen wider.

Der Weltfrieden ist das Ziel des Sowjetbundes; er kann aber nur auf dem Boden der durch eine Weltrevolution angerichteten Diktatur des Proletariats geübt werden. Doch er noch in nebelhafter Ferne liegt, ist allein die Schuld der von Imperialismus getragenen kapitalistischen Staaten. Zwischen ihnen spielen sich die Gegensätze immer schärfer zu: Amerika und England streiten sich um die Petroleum erzeugender Länder und um das Raubschiff-Monopol; im Mittelmeer ringen England, Italien und Frankreich um die Herrschaft; über dem Stillen Ozean schwebt gemitterchwül der amerikanisch-japanische Widerreit. Alle diese einer gewaltigen Lösung zuströmenden Weltprobleme werden noch verwickelter durch die in Rußland getragene und nicht mehr aufzuhaltende nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker des nahen und ferneren Ostens und der Kolonialländer. Sie findet ihre tätigen Förderer bei den bolschewistischen Machthabern — in deren Abicht es freilich weniger liegt, den Unterdrückten zu nationaler Freiheit zu verhelfen, als sich der Kräfteenergien der nationalen Befreiungsbewegungen für weltrevolutionäre Zwecke zu bedienen.

Am schwersten von allen Staaten bedröht sich das kolonial-gewaltige England durch Rußland und hat daher gleichwohl seit Jahr und Tag eine Politik der Einkreisung gegen den Sowjet-Bund begonnen in der nicht verkennbaren Absicht, zu geeigneter Stunde den Moskauer Widerstand mit Gewalt zu beseitigen. In Vercano ist ihm die Einbesetzung Deutschlands in die antibolschewistische Front gelungen; im Väterbund sucht es sich unter Zurückdrängung Frankreichs die führende Stellung zur Verwirklichung seiner sowjet-feindlichen Ziele zu sichern. Englische Kräfte sind in den baltischen Staaten, in Polen und Rumänien gegen Rußland am Werk. Das Ergebnis aller dieser Verhältnisse ist die offensichtliche Tatsache, daß trotz aller Friedensbetreibungen die Rüstungen offen und im geheimen allenthalben mit größter Energie fortgesetzt werden und schon jetzt dazu geführt haben, daß die Gesamtzahl der europäischen Streitkräfte deren Höhe in der Vorkriegszeit ganz wesentlich übersteigt. Dazu kommt, daß ihre materielle und ihre Kampfmittel-Ausstattung einen Vergleich mit dem Rüstungsstand von früher überbau nicht mehr aushält. Keine Abrüstungskonferenz wird bei der Größe der Interessengegenstände einen Wandel hierin schaffen. Die Weltlage ist so, daß für uns ein Krieg unvermeidlich ist, und daß wir in diesem bevorstehenden Krieg eine machtvolle rote Armee nötig haben. Je härter und kampffähiger sie ist, um so weniger wahrscheinlich wird es sein, daß ein Feind uns anzugreifen wagt, um so größer ist die Gewähr für den Frieden. Das sind Winke, die wir hören müssen, aber sie zu hören aus dem Munde des Vertreters eines proletarisch regierten Staates ist nicht ohne gewissen Reiz. — So geht nun also auch der Sowjet-Bund mit verstärktem Eifer an die Wehrhaftmachung seiner Volkskraft.

Worosschilow bezieht die gegenwärtige Stärke der roten Armee auf 562 000 Mann. Sie ist im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht auf zwei Grundprinzipien aufgebaut: auf dem Prinzip von stehenden Truppeneinheiten und auf dem des Territorial-Militsystems. Die Stärke der jährlich einzuwerbenden Kontingente schwankt zwischen 950 000 und einer Million. Wirtschaftliche und finanzielle Momente zwingen aber, 350 000 bis 400 000 jährlich unangebildet zu lassen; eine Rüstungsbeschränkung, die „mit erweiterter Sorge erfüllt“. Auch sonst kann man in und zwischen den Zeilen lesen, daß noch viele Mängel zu beseitigen sind: die Kriegsindustrie arbeitet teuer und schlecht, die Technik ist noch im Rückstand; die Materialreserven sind ungenügend. Doch hofft man, mit den Unzulänglichkeiten in ein bis zwei Jahren fertig zu werden. Die innere Schlagkraft der Armee ist durch Wiedereinführung strenger Disziplin und der Einheit der Befehlsgebung allseitig sichergestellt. „Die rote Armee, sagt Worosschilow, ist nur dann eine Macht, wenn sie einen einheitlichen Willen darstellt. Wenn dieser Wille in Teile zerfällt, dann hört die rote Armee, wie jede andere Armee, auf, eine Armee zu sein. Dann verwandelt sie sich in jene zerstückelte Armee, wie wir sie in den Jahren 1917 bis 1918 beobachtet haben.“ Das war die Zeit, wo die militärischen Befehlshaber abgesetzt wurden, kommunistische Kommissare an ihre Stelle traten oder sich mit jenen in die Kommandogewalt teilten und Nacht und Ordnung zum Teufel gingen. Jetzt hat der militärische Befehlshaber allein die Befehlsgewalt und das Recht, Gehorjam zu fordern. Man kehrt